

Reader zum Kurs 04334

# Veränderungstendenzen zwischen Bildung, Arbeit und Beruf

B.A. Bildungswissenschaft  
Modul 1C: Bildung, Arbeit und Beruf

Fakultät für  
**Kultur- und  
Sozialwissen-  
schaften**

---

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

## Editorial

Dieser Reader umfasst Beiträge, die aktuelle Tendenzen im deutschen Berufsbildungssystem analysieren und die das Wechselverhältnis von Bildung, Arbeit und Beruf betreffen. Sie thematisieren u. a. den Übergangsbereich von der Schule in den Beruf sowie Fragen der Akademisierung beruflicher Bildung. Darüber hinaus diskutieren einzelne Artikel dieser Textsammlung Sonderentwicklungen im Berufsbildungssystem, wie etwa die Berufsbildung im Gesundheitswesen. Diese Aufsätze ergänzen und aktualisieren damit das Kursmaterial des Kurses 04333 „Bildung, Arbeit und Beruf“, das in Form von Lehrtexten vorliegt.

Die ausgewählten Texte sollen Sie dabei unterstützen, die im Modulhandbuch beschriebenen Kompetenzen zu erwerben und Aspekte des Berufsbildungssystems besser analysieren, diskutieren und beurteilen zu können. Die einzelnen Beiträge werden nachfolgend kurz vorgestellt und in den wissenschaftlichen Kontext eingeordnet:

Die Zusammenhänge zwischen Bildung, Arbeit und Beruf sind zentrale Gegenstände des Moduls 1C „Bildung, Arbeit und Beruf“. Um diese Zusammenhänge genauer analysieren und beurteilen zu können, sind auch die Übergangsprozesse zwischen den allgemeinbildenden Schulen und der Berufsbildung in den Blick zu nehmen. Insgesamt gelingen diese Übergangsprozesse in Deutschland nicht allen jungen Erwachsenen gleich gut. Einige Schulabgänger/-innen landen nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule zunächst in einem der vielfältigen Bildungsgänge und -maßnahmen, die unter dem Begriff „Übergangsbereich“ zusammengefasst werden können. Grundlegende Informationen zu diesem Übergangsbereich finden sich im Studienmaterial des Modulkurses 04333. Der in diesem Reader enthaltene Beitrag **„Übergangsbereich: Entwicklung, Strukturen und Erfolg der Bildungsgänge am Übergang von der Schule in die Berufsausbildung“** von **Ursula Beicht** und **Regina Dionisius** (2015) nimmt diesen spezifischen Bildungsbereich genauer unter die Lupe. Die Autorinnen zeichnen in ihrem Aufsatz (der speziell für diesen Reader verfasst wurde) aktuelle Entwicklungslinien, Strukturen und Funktionen dieses Bildungsbereichs nach. Sie präsentieren wichtige empirische Befunde zum Übergangsbereich, insbesondere zu den unterschiedlichen Übergangsverläufen und deren Einflussfaktoren. Auf Basis dieser empirischen Ergebnisse nehmen die Autorinnen abschließend eine kritische Einschätzung des Erfolgs dieses Bildungsbereichs vor und weisen auf Reformnotwendigkeiten und -ansätze hin.

Konzeptionelle Vorschläge, die ebenso den Übergangsbereich betreffen, sind auch Gegenstand des Aufsatzes von **Dieter Euler** (2016), der **„Herausforderungen und Gestaltungsansätze für die Berufsbildung von Flüchtlingen“** diskutiert. Ziel seiner Überlegungen ist die gesellschaftliche und berufliche Integration der in den letzten Jahren stark angestiegenen Anzahl an nach Deutschland kommenden Flüchtlingen. Dabei bildet die Berufsbildung eine gesellschaftspolitisch zentrale Schnittstelle, denn über die Einübung betriebs- und berufsbezogener Arbeits- und Verhaltensweisen gewährleistet eine Berufsausbildung vielfach die gesellschaftliche Integration junger Erwachsener (siehe hierzu Modulkurs 04333). Damit diese soziale Integration auch bei jungen Flüchtlingen gelingen kann, steht die berufliche Bildung allerdings vor diversen Herausforderungen. So unterscheiden sich die Flüchtlinge erheblich hinsichtlich ihrer Sprache, Kultur, Bildungs- und Qualifikationsprofile. Darüber hinaus macht Euler

ebenso deutlich wie der vorangegangene Aufsatz von Beicht und Dionisius, dass in der Vergangenheit die Einmündungschancen von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in eine vollqualifizierende Berufsausbildung deutlich niedriger waren als die von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Entsprechend können die verantwortlichen Akteure für die Bewältigung dieser neuen Herausforderungen nicht auf bewährte Konzepte zurückgreifen. Gleichwohl plädiert Euler dafür, aus bisherigen Erfahrungen zu lernen und „bestehende Unterstützungsstrukturen zu nutzen bzw. solche zu schaffen, die auch für einheimische Personen in vergleichbaren Bedarfslagen verfügbar sind“ (Euler 2016, S. 350). Komponenten einer solchen Struktur, die nicht zuletzt auch mit dem Übergangsbereich im Zusammenhang stehen, werden in diesem Aufsatz vorgestellt.

**Gerhard Bosch** (2014) untersucht in seinem Aufsatz „**Facharbeit, Beruf und berufliche Arbeitsmärkte**“ die Rolle der beruflichen Bildung und beruflicher Arbeitsmärkte für die Bewältigung struktureller Veränderungen. Zentrale Ausgangsfrage ist für ihn, ob die duale Berufsausbildung in standardisierten Berufsbildern ein „Auslaufmodell“ ist, oder ob nicht in der Kombination von gut ausgebildeten Akademikern, einer dual ausgebildeten mittleren Führungsschicht und beruflich Qualifizierten mit hoher Autonomie das Geheimnis der deutschen Wettbewerbsfähigkeit liegt. Als entscheidend für die Beantwortung dieser Frage sieht Bosch die Reformwilligkeit der Sozialpartner, die dieses System tragen. So stellt er fest, dass entgegen den Thesen zur Erosion des Berufes die deutschen Unternehmen im Übergang zu flexibleren Organisationsformen seit 1990 erfolgreich auf die Überschussqualifikationen von Fachkräften gesetzt haben. Voraussetzung dafür war eine Modernisierung der Berufsbilder. Ferner stellt Bosch die These auf, dass die Expansion der Hochschulbildung in den meisten OECD-Ländern nicht durch die Entwicklung der Arbeitsplatzstruktur angetrieben wird, sondern durch den Wunsch der Eltern und Jugendlichen, sich im Wettbewerb um gute Arbeitsplätze einen Startvorteil zu verschaffen. Bosch sieht daher in der Beruflichkeit die beste Grundlage zur Sicherung der von der Europäischen Union angestrebten Erhöhung der „Employability“ und „Flexicurity“ auf dem Arbeitsmarkt.

Der Frage, ob es sich bei der dualen Berufsausbildung vor dem Hintergrund der steigenden Akademikerquoten um ein „Auslaufmodell“ handelt, geht auch **Sabine Pfeiffer** (2016) in ihrem Beitrag „**Berufliche Bildung 4.0? Überlegungen zur Arbeitsmarkt- und Innovationsfähigkeit**“ nach. Ein Schwerpunkt ihres Beitrages bildet dabei zunächst die öffentliche Wahrnehmung der mit einer dualen Berufsausbildung verknüpften Verdienst-, Arbeitsmarkt- und Karrierechancen. Basierend auf wissenschaftlichen Studien zeigt die Autorin, dass diese Verdienst-, Arbeitsmarkt- und Karriereperspektiven beruflich Qualifizierter im Vergleich zu denen von akademisch Ausgebildeten häufig als „schlechter“ eingestuft werden als sie tatsächlich sind. Ein weiterer Kern des Aufsatzes bildet die Frage, welchen Beitrag die duale Berufsausbildung für die Bewältigung der erwarteten Anforderungen einer modernen Arbeitswelt leisten kann. Als Antwort arbeitet Sabine Pfeiffer zum einen heraus, dass beruflich qualifizierte Beschäftigte einen unverzichtbaren Beitrag zur Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft leisten. Zum anderen stellt die Autorin anhand einiger exemplarischer Neuordnungsverfahren dar, inwieweit das duale System der Berufsausbildung rasch auf veränderte Anforderungen einer modernen Arbeitswelt reagieren kann und sich damit selbst als innovationsfähig erweist. Das diesen Neuordnungsverfahren zugrundeliegende korporatistische Zusammenwirken von staatlichen Stellen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden wird im Modulkurs 04333 ausführlich dargelegt.

**Hilbert, Bräutigam und Evans (2014)** zeigen in ihrem Aufsatz „**Berufsbildung im Gesundheitswesen: Ein Sonderweg mit Fragezeichen**“, dass das Gesundheitswesen in der Berufsbildung nicht diesem üblichen korporatistisch geprägten Ordnungsrahmen des dualen Systems unterliegt. Stattdessen wird in diesem Bereich die Berufsbildung in wichtigen nicht-akademischen Kernberufen durch den Staat (Länder- und Bundesministerien) reguliert. Dies hat für Hilbert, Bräutigam und Evans (2014) vor allem zweierlei Konsequenzen: Auf der einen Seite erfolgt unter Aufsicht der staatlichen Regulierung nur eine schleppende Weiterentwicklung wichtiger Gesundheitsberufe. Auf der anderen Seite finden die Autoren in nicht öffentlich regulierten Bereichen des Gesundheitswesens ein dynamisches, aber strategisch wenig fundiertes „Berufebasteln“. Ausgehend von der Darstellung dieser Entwicklungen geht der Beitrag im Weiteren der Frage nach, welche Herausforderungen sich daraus für die aktuelle und zukünftige Facharbeit im Gesundheitswesen ergeben und inwieweit eine Orientierung an Prinzipien des dualen Systems für den Gesundheitssektor vorteilhaft wäre.

Das duale System der Berufsausbildung in Deutschland bildet mit seinen Prinzipien und korporatistischen Strukturen auch für den Aufsatz „**Work-based higher education programmes in Germany and the US: Comparing multi-actor corporatist governance in higher education**“ von **Lukas Graf (2017)** ein zentrales Element. Im Kern beschäftigt sich dieser Aufsatz allerdings mit den derzeit stark wachsenden und sich sehr dynamisch entwickelnden dualen Studiengängen in Deutschland sowie mit verschiedenen Formen von „worked-based higher education programmes“ in den Vereinigten Staaten von Amerika. Graf stellt diese Programme, die ein Hochschulstudium curricular eng mit beruflichen Praxisphasen verbinden (siehe hierzu auch Modulkurs 04333), ausführlich vor. Entlang von zuvor herausgearbeiteten Vergleichsdimensionen vergleicht er diese Programme anschließend mit der klassischen dualen Berufsausbildung in Deutschland. Dabei macht Graf deutlich, dass es mehr Ähnlichkeiten zwischen den deutschen dualen Studiengängen und den amerikanischen „worked-based higher education programmes“ gibt als zwischen den dualen Studiengängen und der klassischen dualen Berufsausbildung in Deutschland.

Dieser Aufsatz von Lukas Graf ist online über folgenden Internetlink frei verfügbar:

<http://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14494035.2017.1278872>

oder über den folgenden Internetlink online als PDF-Datei abrufbar.

<http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/14494035.2017.1278872>

Im Beitrag von **André Wolter (2013)** „**Gleichrangigkeit beruflicher Bildung beim Hochschulzugang? Neue Wege der Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule**“ geht es ähnlich wie bei den dualen Studiengängen um den Zusammenhang zwischen beruflicher und akademischer Bildung. In diesem Aufsatz stellt der Autor dar, dass in den letzten Jahren in Deutschland verschiedene Maßnahmen ergriffen wurden, um eine größere Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu erreichen. Ganz zentral ist dabei die stärkere Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. In seinem Aufsatz ordnet Wolter diese neuen Wege der Durchlässigkeit in die bisherige Entwicklungsgeschichte des Hochschulzugangs beruflich qualifizier-

ter Bewerberinnen und Bewerber ein. Darüber hinaus analysiert er, aus welchen Gründen und unter welchen Bedingungen dieses Thema an neuer Aktualität gewonnen hat. Dabei wird auch ein Blick auf die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung im Kontext der europäischen Bildungspolitik geworfen.

Die europäische Bildungspolitik bildet auch den Hintergrund für den Beitrag des Präsidenten des Bundesinstituts für Berufsbildung **Friedrich Hubert Esser** (2013). In seinem Aufsatz „**DQR und Kompetenzorientierung in der beruflichen Bildung – Perspektiven aus Sicht der Ordnungspolitik**“ stellt er die Frage in den Mittelpunkt, „inwieweit die Entwicklung und Umsetzung des Deutschen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (DQR) die Kompetenzorientierung in der beruflichen Bildung unterstützen kann“ (Esser 2013, S. 322). Denn es besteht weitgehend Konsens darüber, dass es beim Lernen nicht bloß auf die Vermittlung von Kenntnissen ankommt, sondern vielmehr auf die Zielperspektive der Kompetenzentwicklung. Um der Fragestellung nachzugehen, werden zu Beginn des Aufsatzes die wesentlichen historischen Bezüge zur Entwicklung des DQR sowie zur Kompetenzorientierung in der Berufsbildung skizziert. Ferner wird die Struktur des DQR erläutert. Schließlich werden Perspektiven aus ordnungspolitischer Sicht für die Kompetenzorientierung in der beruflichen Bildung herausgearbeitet. Dazu wird die Berücksichtigung der Ergebnisse des non-formalen und informellen Lernens im DQR thematisiert und der Vorschlag kompetenzorientierter Ausbildungsordnungen präsentiert.

Wir haben uns bemüht, mit diesen einordnenden Abstracts Ihnen den Zugang zu den Texten des Readers zu erleichtern. Das Team des Lehrgebietes Lebenslanges Lernen wünscht eine erkenntnisreiche Lektüre!

Prof. Dr. Uwe Elsholz

Ariane Neu

## Inhalt

- Beicht, U./Dionisius, R. (2015): Übergangsbereich: Entwicklung, Strukturen und Erfolg der Bildungsgänge am Übergang von der Schule in die Berufsausbildung.
- Euler, D. (2016): Schaffen wir das? – Herausforderungen und Gestaltungsansätze für die Berufsbildung von Flüchtlingen. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Jahrgang 112, Heft 3, S. 341-359.
- Bosch, G. (2014): Facharbeit, Berufe und berufliche Arbeitsmärkte. In: WSI-Mitteilungen 01/2014, Jahrgang 67, Heft 1, S. 5-13.
- Pfeiffer, S. (2016): Berufliche Bildung 4.0? Überlegungen zur Arbeitsmarkt- und Innovationsfähigkeit. In: Industrielle Beziehungen, Jahrgang 23, Heft 1, S. 25-44.
- Hilbert, J./Bräutigam, C./Evans, M. (2014): Berufsbildung im Gesundheitswesen: Ein Sonderweg mit Fragezeichen. In: WSI-Mitteilungen 01/2014, Jahrgang 67, Heft 1, S. 43-51.
- Wolter, A. (2013): Gleichrangigkeit beruflicher Bildung beim Hochschulzugang? Neue Wege der Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule. In: Severing, E./Teichler, U.(Hrsg.): Akademisierung der Berufswelt? Berichte zur beruflichen Bildung. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag, S. 191-212.
- Esser, F. H. (2013): DQR und Kompetenzorientierung in der beruflichen Bildung – Perspektiven aus Sicht der Ordnungspolitik. In: Seufert, S./Metzger, Chr. (Hrsg.): Kompetenzentwicklung in unterschiedlichen Lernkulturen. Paderborn: Eusl Verlagsgesellschaft mbH, S. 322-334.

## **Übergangsbereich: Entwicklung, Strukturen und Erfolg der Bildungsgänge am Übergang von der Schule in die Berufsausbildung**

### **Einleitung**

Die meisten Jugendlichen, die die allgemeinbildende Schule mit maximal einem mittleren Schulabschluss verlassen, streben den unmittelbaren Beginn einer vollqualifizierenden Ausbildung an, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Dennoch münden viele Schulabgänger/-innen, insbesondere diejenigen ohne Schulabschluss oder mit einem Haupt- oder Sonderschulabschluss, zunächst in einen Bildungsgang, der lediglich eine berufliche Grundbildung vermittelt. Im Bereich zwischen allgemeinbildender Schule und Berufsausbildung existiert eine Vielfalt solcher teilqualifizierender Bildungsgänge und Bildungsmaßnahmen.<sup>1</sup> Sie werden inzwischen meist unter dem Begriff „Übergangsbereich“ zusammengefasst. Die früher übliche Bezeichnung „Übergangssystem“ wird heute seltener verwendet.<sup>2</sup>

Auch im Anschluss an eine Übergangsmaßnahme gelingt es Jugendlichen häufig nicht, einen Ausbildungsplatz zu finden. Der Übergangsbereich gewährleistet somit keineswegs eine rasche Integration der Schulabgänger/-innen in berufliche Ausbildung. Daher wurde er in der Vergangenheit vielfach und heftig kritisiert, vor allem von Seiten der Bildungsforschung und Berufspädagogik. So wurde häufig die Auffassung vertreten, dass die Übergangsmaßnahmen weniger der Vorbereitung auf eine Berufsausbildung dienen, sondern für die Jugendlichen eher sinnlose Warteschleifen oder sogar Sackgassen darstellen (vgl. z. B. Baethge/Solga/Wieck 2007; Münk/Rützel/Schmidt 2008). Das Übergangssystem führe somit zu schwierigen Übergängen in Berufsausbildung und erheblich verlängerten Bildungswegen und bedeute für die Gesellschaft einen hohen Ressourcenaufwand für Bildungsmaßnahmen, die sich letztlich nicht auszahlen (Euler 2009). Als Konsequenz wurde sogar gefordert, das Übergangssystem komplett abzuschaffen (Zimmer 2009).

Vor dem Hintergrund dieser Kritik am Übergangsbereich wird im Folgenden zunächst kurz skizziert, wie sich der Übergangsbereich in den letzten 25 Jahren entwickelt hat und welche Arten von Bildungsgängen hierunter gefasst werden. Dann werden wichtige Befunde zum Übergangsbereich dargestellt, die auf einer repräsentativen empirischen Studie basieren. So wird geschildert, in welchem Umfang Jugendliche an Übergangsmaßnahmen teilnehmen und wie sich der Teilnehmerkreis zusammensetzt. Eingegangen wird auch auf den Erfolg der Übergangsmaßnahmen, d.h. wie häufig diese zu einem höherwertigen Schulabschluss führen, inwieweit nach der Teilnahme eine rasche Einmündung in Berufsausbildung gelingt und wovon dies beeinflusst wird. Zudem werden typische bildungsbiografische Verlaufsmuster nach einer Übergangsmaßnahme beschrieben. Auf Grundlage der vorgestellten Ergebnisse wird im Fazit eine kritische Einschätzung des Übergangsbereichs vorgenommen und kurz auf bestehenden Reformbedarf und Reformansätze hingewiesen.

---

### **Anmerkungen**

1 Die Begriffe „Bildungsgänge“ und „Maßnahmen“ werden in diesem Beitrag synonym verwendet.

2 Gegen die Bezeichnung „Übergangssystem“ spricht, dass die Vielzahl der unterschiedlichen Bildungsgänge „unter institutionellen, organisatorischen, didaktischen und curricularen Gesichtspunkten eben gerade kein einheitliches System darstellt“ (Schmidt 2011, S. 15).



## Entwicklung des Übergangsbereichs

Die Bildungsgänge des Übergangssystems gewannen ab Beginn der 1990er-Jahre kontinuierlich an Bedeutung. Bis Mitte der 2000er-Jahre stieg die Zahl der Anfänger/-innen in Übergangsmaßnahmen auf etwa das Doppelte an (Dionisius/Schwäbig 2010). Über die Gründe für diese Entwicklung ist viel und kontrovers diskutiert worden. Unbestritten ist, dass die zunehmend schwierige Situation auf dem Ausbildungsmarkt eine wichtige Rolle gespielt hat. Durch stark gestiegene Schulabgängerzahlen und ein zeitweise rückläufiges Ausbildungsstellenangebot der Betriebe war es zu einem erheblichen Versorgungsengpass gekommen (Ulrich/Eberhard 2008). Teilqualifizierende Bildungsgänge erhielten daher die Funktion, erfolglose Ausbildungsplatzbewerber/-innen aufzunehmen und ihnen eine Überbrückung – bis zur Aufnahme einer vollqualifizierenden Berufsausbildung – zu bieten. Zur Ausweitung des Übergangsbereichs dürfte aber auch beigetragen haben, dass immer öfter eine mangelnde Ausbildungsreife der Jugendlichen beklagt wurde. Tatsächlich reichten die Qualifikationen der Schulabgänger/-innen für die gestiegenen Anforderungen in der Berufsausbildung häufiger nicht mehr aus. Übergangsmaßnahmen sollten daher die Jugendlichen, die noch nicht über die notwendigen Voraussetzungen verfügten, zur Ausbildungsreife führen. Bei Beendigung der allgemeinbildenden Schule strebten Jugendliche zunehmend noch den Erwerb eines höherwertigen Schulabschlusses an, oftmals wollten sie damit ihre Chancen auf dem schwierigen Ausbildungsmarkt erhöhen. Ein Teil der Bildungsgänge des Übergangsbereichs bot schon immer die Möglichkeit, nachträglich einen mittleren Schulabschluss oder sogar die Fachhochschulreife zu erreichen.

Im Jahr 2005 wurde mit knapp 418 Tsd. Anfängern und Anfängerinnen in Übergangsmaßnahmen ein Höchststand erreicht (Dionisius/Illiger/Schier 2014). Seither gingen die Anfängerzahlen deutlich zurück, was vor allem auf eine verbesserte Ausbildungsmarktlage und die demografische Entwicklung zurückzuführen ist. Im Jahr 2014 waren aber immer noch rund 256 Tsd. Anfänger/-innen im Übergangsbereich zu verzeichnen (Statistisches Bundesamt 2015). Bei den genannten Zahlen sind teilqualifizierende Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung ermöglichten, nicht berücksichtigt. Werden diese Bildungsgänge, die man früher ebenfalls dem Übergangssystem zugeordnet hat,<sup>3</sup> mit eingerechnet, so gab es 2014 insgesamt rund 298 Tsd. Neuzugänge. Die hohen Zahlen verdeutlichen, dass der Bildungsbereich zwischen allgemeinbildender Schule und Berufsausbildung immer noch sehr bedeutend ist.

---

3 Erst mit dem ab 2009 erfolgten Aufbau einer integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und die Statistischen Ämter von Bund und Ländern (Destatis) wurden die Bildungsgänge an beruflichen Schulen, die zur Hochschulzugangsberechtigung (HZB) führen, nicht mehr dem Übergangsbereich zugerechnet, sondern dem Sektor „Erwerb HZB“.

## Arten der Übergangsmaßnahmen

Der Übergangsbereich setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Arten von teilqualifizierenden Bildungsgängen bzw. Bildungsmaßnahmen zusammen (vgl. hierzu auch Beicht 2009; Dionisius/Krekel 2014):

- *Schulisches Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) sowie einjährige Berufseinstiegsklassen*  
Das BVJ wurde von den Bundesländern ab Mitte der 1970er-Jahre als einjähriger vollzeitschulischer Bildungsgang an beruflichen Schulen eingerichtet. Zielgruppe sind insbesondere Jugendliche ohne Schulabschluss oder mit Sonderschulabschluss. Meistens besteht die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss zu erwerben.
- *Teilqualifizierende Bildungsgänge in Berufsfachschulen (BFS)*  
Die BFS haben eine sehr lange Tradition, bekannteste Beispiele sind die Bildungsgänge der Handelsschulen und höheren Handelsschulen. Das ein- oder zweijährige vollzeitschulische Bildungsangebot richtet sich an unterschiedliche Zielgruppen. In der Regel wird mindestens der Hauptschulabschluss vorausgesetzt. Oftmals ist der nachträgliche Erwerb eines mittleren Schulabschlusses oder der Fachhochschulreife möglich.
- *Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)*  
Die ursprüngliche Konzeption des Mitte der 1970er-Jahre eingeführten BGJ war, das erste Ausbildungsjahr der dualen Berufsausbildung<sup>4</sup> durch eine vollzeitschulische, breit angelegte berufliche Grundbildung zu ersetzen. Dies scheiterte jedoch vor allem an der geringen Akzeptanz durch die ausbildenden Betriebe. Inzwischen hat das BGJ vor allem die Funktion, Jugendliche aufzunehmen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.
- *Berufsvorbereitende Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB)*  
Diese im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit (BA) von Bildungsträgern durchgeführten Maßnahmen gibt es bereits seit den 1970er-Jahren. Sie waren ursprünglich vorwiegend für lernbeeinträchtigte sowie sozial benachteiligte Jugendliche vorgesehen. Später kamen als Zielgruppe die sogenannten marktbenachteiligten Jugendlichen hinzu, denen allein aufgrund der schlechten Ausbildungsmarktsituation die Aufnahme einer Berufsausbildung nicht gelang. Die berufsvorbereitenden Maßnahmen dauern in der Regel bis zu 10 Monate.
- *Betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)*  
Bei der im Jahr 2004 eingeführten EQ handelt es sich um das neueste Maßnahmeangebot im Übergangsbereich. Die 6- bis 12-monatigen ausbildungsvorbereitenden Praktika in Betrieben sind vor allem für Jugendliche gedacht, die nach den jährlichen Nachvermittlungskaktionen der BA noch ohne Ausbildungsplatz geblieben sind. Zur Zielgruppe zählen außerdem nicht ausbildungsreife sowie lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche.

---

4 Die duale Berufsausbildung findet in der Regel an den Lernorten Betrieb und Teilzeitberufsschule statt. In geringerem Umfang gibt es auch öffentlich finanzierte außerbetriebliche Formen der dualen Ausbildung. Diese sind vor allem für benachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Behinderungen vorgesehen, die oftmals eine besondere pädagogische Betreuung benötigen.

## Umfang der Teilnahme an Übergangsmaßnahmen und Teilnehmerstrukturen

Im Folgenden werden Untersuchungsergebnisse zum Übergangsbereich dargestellt, die auf den Daten der Übergangsstudie 2011 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) basieren (vgl. hierzu auch Beicht/Eberhard 2013a; Beicht/Eberhard 2013b). Im Rahmen dieser Studie gaben im Sommer 2011 insgesamt 5.333 repräsentativ ausgewählte Jugendliche im Alter von 18 bis 24 Jahren Auskunft über ihre gesamte Bildungs- und Berufsbiografie (Eberhard et al. 2013).

Demnach münden 29 % aller Jugendlichen, die die allgemeinbildende Schule mit maximal einem mittleren Schulabschluss und damit ohne Studienberechtigung verlassen haben, in den Übergangsbereich ein.<sup>5</sup> Von ihnen nimmt ein Fünftel nicht nur an einer Übergangsmaßnahme teil, sondern durchläuft zwei oder mehrere solcher Bildungsgänge nacheinander. Im Durchschnitt sind es 1,2 Maßnahmen pro Teilnehmer/-in. Die durchschnittliche Gesamtverweildauer im Übergangsbereich liegt bei 16 Monaten je Teilnehmer/-in.

Die größte quantitative Bedeutung haben die teilqualifizierenden Bildungsgänge an Berufsfachschulen (BFS): Sie werden von 10 % der Schulabgänger/-innen mit maximal mittlerem Schulabschluss besucht, und zwar durchschnittlich 19 Monate lang. Berücksichtigt sind dabei auch die Bildungsgänge, in denen eine Hochschulzugangsberechtigung erworben werden kann. Relativ verbreitet ist auch der Besuch eines schulischen Berufsvorbereitungsjahrs (BVJ) mit 6 % der nicht-studienberechtigten Schulabgänger/-innen sowie die Teilnahme an berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB) mit 5 %; die durchschnittliche Teilnahmedauer beträgt hier 12 bzw. 10 Monate. Das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) und die Einstiegsqualifizierung (EQ) spielen eine geringere Rolle: Hieran nehmen 3 % bzw. 2 % der Jugendlichen mit maximal mittlerem Schulabschluss teil, und zwar durchschnittlich 13 bzw. 10 Monate.<sup>6</sup>

Schulabgänger/-innen mit maximal einem Hauptschulabschluss münden mit einem Anteil von 44 % wesentlich häufiger in den Übergangsbereich als diejenigen mit mittlerem Schulabschluss, bei denen es nur 18 % sind. Hinsichtlich der durchschnittlichen Verweildauer gibt es dagegen zwischen beiden Gruppen mit 17 bzw. 15 Monaten nur einen relativ geringen Unterschied.

Jugendliche, die an Bildungsgängen des Übergangsbereichs teilnehmen, unterscheiden sich deutlich von nicht-studienberechtigten Jugendlichen, denen der direkte Einstieg in eine vollqualifizierende Ausbildung gelingt. So verfügen Teilnehmer/-innen an Übergangsmaßnahmen wesentlich häufiger über keinen Schulabschluss oder über einen Hauptschulabschluss und ihre Noten auf dem Schulabgangszeugnis sind viel schlechter. Die geringeren Schulleistungen hängen mit der ungünstigeren sozialen Herkunft der Jugendlichen im Übergangsbereich zusammen: Ihre Eltern haben relativ oft keinen Berufsabschluss erworben und ein vergleichsweise hoher Anteil der Väter übt eine niedrig qualifizierte Tätigkeit aus. Insgesamt gesehen münden mehr junge Männer in Übergangsmaßnahmen als junge Frauen und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind hier überproportional stark vertreten.

Allerdings ist der Personenkreis im Übergangsbereich sehr heterogen und variiert vor allem zwischen den Maßnahmearten. So unterscheiden sich insbesondere die schulischen Qualifikationen der Teilnehmer/-innen zwischen den Maßnahmen der Berufsvorbereitung

---

5 Nur in Ausnahmefällen nehmen studienberechtigte Schulabgänger/-innen an Übergangsmaßnahmen teil, sie sind hier daher nicht berücksichtigt.

6 Darüber hinaus nehmen 5 % der nicht-studienberechtigten Schulabgänger/-innen an anderen längerfristigen betrieblichen Praktika teil (durchschnittliche Dauer: 8 Monate), die hier ebenfalls dem Übergangsbereich zugeordnet worden sind.

(BVJ/BvB) und den teilqualifizierenden Bildungsgängen der Berufsfachschulen (BFS). Jugendliche in der Berufsvorbereitung (BVJ/BvB) haben wesentlich häufiger keinen Hauptschulabschluss erreicht und ihre Noten auf dem Schulabgangszeugnis sind viel öfter mittelmäßig bis schlecht. Besucher/-innen der BFS verfügen dagegen erheblich häufiger über einen mittleren Schulabschluss und haben öfter sehr gute Schulnoten erhalten.

## **Erfolg der Übergangsmaßnahmen**

Um Hinweise für den Erfolg von Übergangsmaßnahmen zu erhalten, ist im Rahmen der BIBB-Übergangsstudie 2011 folgenden Fragen nachgegangen worden: In welchem Umfang erwerben Schulabgänger/-innen durch die Teilnahme einen (höherwertigen) Schulabschluss? Gelingt den Jugendlichen im Anschluss an die Maßnahme eine rasche Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung und wovon wird dies beeinflusst? Betrachtet wird dabei ausschließlich der Erfolg der *ersten Teilnahme* an einer Übergangsmaßnahme.

### ***Erwerb eines (höherwertigen) Schulabschlusses***

Der nachträgliche Erwerb des Hauptschulabschlusses oder eines höherwertigen Schulabschlusses gilt als Erfolgskriterium von Übergangsmaßnahmen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008). Allerdings bieten längst nicht alle Übergangsmaßnahmen diese Möglichkeit, so ist z.B. in der betrieblichen Einstiegsqualifizierung (EQ) das Nachholen eines Schulabschlusses nicht vorgesehen.

Von den Jugendlichen, die eine Übergangsmaßnahme bis zum regulären Ende besuchen, erreichen insgesamt 30 % einen Schulabschluss, den sie bei Verlassen der allgemeinbildenden Schule noch nicht besessen haben. Von ihnen erwerben 19 % nachträglich den Hauptschulabschluss, 55 % den mittleren Schulabschluss und 26 % eine Hochschulzugangsberechtigung.

Wie Übersicht 1 zeigt, wird in den teilqualifizierenden Bildungsgängen von Berufsfachschulen (BFS) mit 57 % der Teilnehmer/-innen sehr häufig ein (höherwertiger) Schulabschluss erzielt, meistens handelt es sich hierbei um die mittlere Reife, relativ oft aber auch um eine Studienberechtigung. In den Maßnahmen der Berufsvorbereitung (BVJ/BvB) kann dagegen in der Regel maximal der Hauptschulabschluss erreicht werden, dort können sich daher lediglich 11 % der Teilnehmer/-innen verbessern. Von den Jugendlichen, die vorher noch über keinen Hauptschulabschluss verfügt haben, gelingt es dabei aber auch nur weniger als der Hälfte, diesen nachzuholen.

## Übersicht 1: Erwerb eines höherwertigen Schulabschlusses in regulär abgeschlossenen Bildungsgängen des Übergangsbereichs

Schulabschluss	Anteil der Absolventen und Absolventinnen in %		
	Übergangsmaßnahmen insgesamt	BVJ/BvB	BFS
<b>Schulabschluss nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule</b>			
• ohne Abschluss, Sonderschulabschluss	17	26	11
• Hauptschulabschluss	49	58	44
• mittlerer Schulabschluss	34	16	45
<b>Erwerb eines (höherwertigen) Schulabschlusses</b>			
<b>kein</b> (höherwertiger) Schulabschluss	70	89	43
<b>höherwertiger Schulabschluss</b>	<b>30</b>	<b>11</b>	<b>57</b>
<i>davon:</i>			
• Hauptschulabschluss	6	11	3
• mittlerer Schulabschluss	17	-	36
• höherer Schulabschluss (i.d.R. Fachhochschulreife)	8	-	18
<b>Schulabschluss nach Beendigung der Maßnahme</b>			
• ohne Abschluss, Sonderschulabschluss	8	14	2
• Hauptschulabschluss	40	69	14
• mittlerer Schulabschluss	44	17	65
• höherer Schulabschluss (i.d.R. Fachhochschulreife)	8	-	18

Basis: Personen der Geburtsjahrgänge 1987 bis 1993, die die allgemeinbildende Schule mit maximal mittlerem Schulabschluss verlassen und die erste Übergangsmaßnahme regulär abgeschlossen haben.

Quelle: BIBB-Übergangsstudie 2011

Zu beachten ist, dass längst nicht alle Jugendlichen die Übergangsmaßnahmen bis zum regulären Ende durchlaufen. Insgesamt haben 18 % der Jugendlichen die Teilnahme vorzeitig beendet, bei der Berufsvorbereitung (BvB/BVJ) sind es 17 % und bei den Bildungsgängen der Berufsfachschulen (BFS) sogar 20 %.

### **Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung**

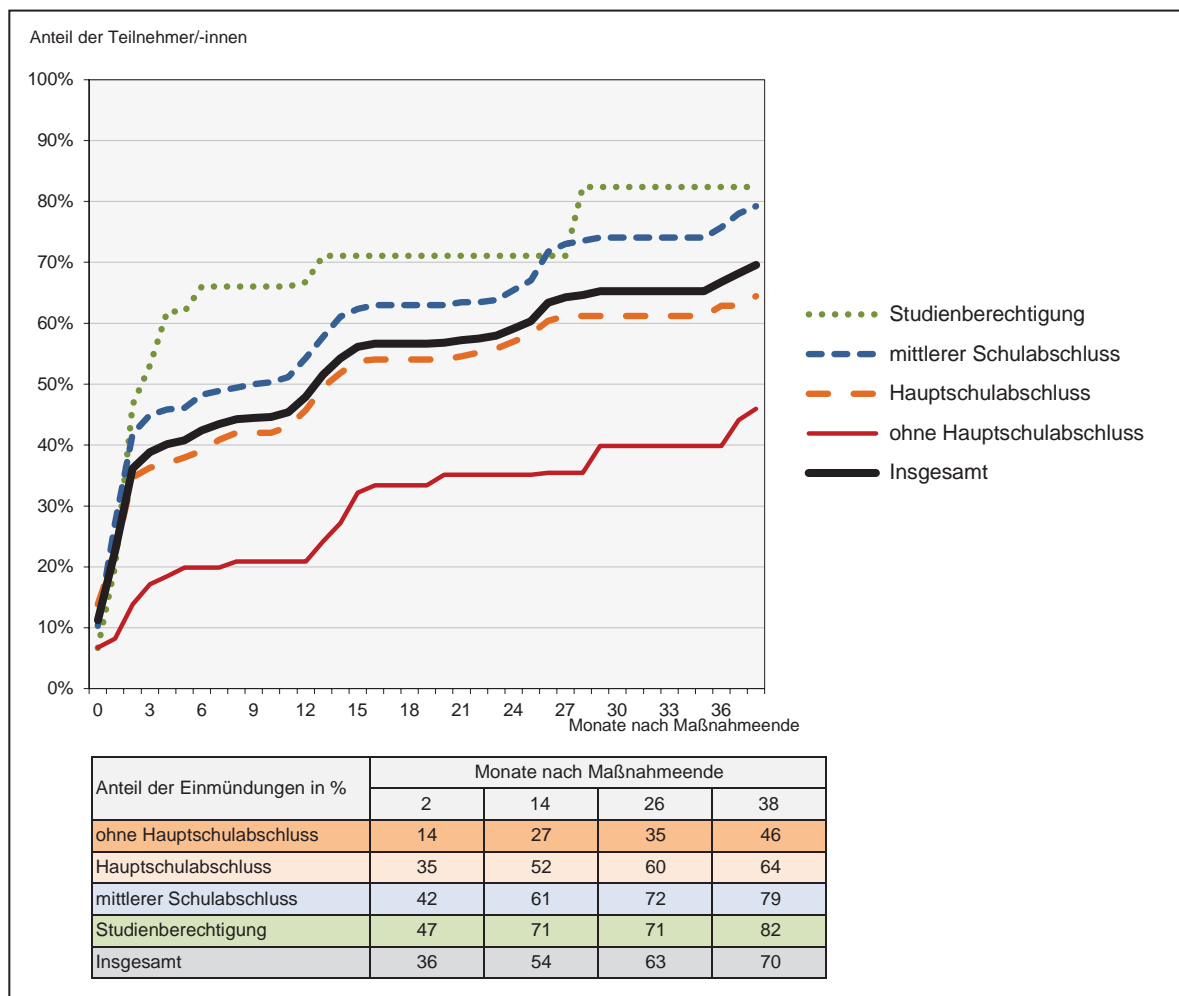
Es wird nun betrachtet, wie häufig Jugendliche nach der Übergangsmaßnahme eine vollqualifizierende Ausbildung aufnehmen und wie viel Zeit bis zum Ausbildungsbeginn vergeht. Mit Hilfe des sogenannten Kaplan-Meier-Verfahrens konnte für die ersten drei Jahre nach Maßnahmeende<sup>7</sup> monatsgenau der Anteil der Jugendlichen geschätzt werden, die bis zu den jeweiligen Zeitpunkten in Ausbildung einmünden (zum Verfahren vgl. z. B. Beicht/Friedrich/Ulrich 2008). Als vollqualifizierende Ausbildung wurden über die betriebliche Berufsausbildung hinaus auch die außerbetriebliche duale Ausbildung, die Ausbildung in Schulberufen sowie das (Fach-)Hochschulstudium berücksichtigt. In die Analysen sind auch Teilnehmer/-innen einbezogen worden, die die Maßnahme nicht bis zum regulären Ende besucht haben.

Insgesamt beginnen demnach lediglich 36 % der Teilnehmer/-innen nach Beendigung der Übergangsmaßnahme sehr rasch, d.h. innerhalb von zwei Monaten, eine vollqualifizierende Ausbildung. Nach 14 Monaten, also rund einem Jahr, ist erst gut die Hälfte (54 %) eingemündet und nach 38 Monaten, d.h. nach etwa drei Jahren, sind es nur 70 %. Somit gelingt

<sup>7</sup> Aufgrund üblicher Wartezeiten von ein bis zwei Monaten bis zur erstmöglichen Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung wurde der Beobachtungszeitraum nicht auf 36 Monate, sondern auf 38 Monate festgesetzt.

es immerhin 30 % der Teilnehmer/-innen selbst innerhalb von drei Jahren nicht, eine berufliche Ausbildung aufzunehmen.

## Übersicht 2: Entwicklung des Einmündungserfolgs in vollqualifizierende Ausbildung



Schätzung nach der Kaplan-Meier-Methode.

Basis: Personen der Geburtsjahrgänge 1987 bis 1993, die die allgemeinbildende Schule mit maximal mittlerem Schulabschluss verlassen haben und erstmals an einer Übergangsmaßnahme teilnahmen (abgeschlossene und vorzeitig beendete Teilnahmen).

Quelle: BIBB-Übergangsstudie 2011 (Angepasst)

Wie Übersicht 2 verdeutlicht, unterscheiden sich die Übergangsverläufe sehr stark danach, welchen Schulabschluss die Jugendlichen am Ende der Übergangsmaßnahme haben. Am seltensten gelingt die Einmündung in Ausbildung erwartungsgemäß denjenigen, die auch nach der Maßnahme über keinen Hauptschulabschluss verfügen. Deutlich besser schneiden die Teilnehmer/-innen ab, die den Hauptschulabschluss nachgeholt oder diesen bereits vorher besessen haben. Von noch größerem Vorteil für den Übergang in vollqualifizierende Ausbildung ist ein mittlerer Schulabschluss. Den günstigsten Verlauf weisen allerdings die Jugendlichen auf, die in der Übergangsmaßnahme eine Studienberechtigung erworben haben, sie münden größtenteils sehr rasch in eine Berufsausbildung oder ein Studium ein.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Zu beachten ist, dass in der BIBB-Übergangsstudie 2011 die Zahl der befragten Jugendlichen, die nach der Übergangsmaßnahme noch über keinen Schulabschluss verfügten oder die in der Übergangsmaßnahme die Studienberechtigung erworben haben, relativ gering waren.



## ***Einflüsse auf den Übergang in vollqualifizierende Ausbildung***

Die unterschiedlichen Übergangsverläufe haben verdeutlicht, dass der Schulabschluss eine zentrale Rolle für den Einmündungserfolg in vollqualifizierende Ausbildung spielt. Aus der Forschung zum Übergang von der Schule in die Berufsausbildung ist allerdings bekannt, dass darüber hinaus noch vielfältige weitere Einflussgrößen die Zugangschancen zu beruflicher Ausbildung bestimmen. Eberhard (2012) entwickelte einen umfassenden ressourcentheoretischen Ansatz zur Erklärung der Übergangschancen von Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen. Danach stehen Jugendlichen unterschiedliche Ressourcen zur Verfügung, die die Wahrscheinlichkeit eines Übergangs in Berufsausbildung erhöhen oder vermindern. Eberhard unterscheidet dabei soziale, personale und institutionelle Ressourcen. Die sozialen Ressourcen werden den Jugendlichen hauptsächlich über ihr Elternhaus vermittelt, wobei insbesondere Bildung und Berufsstatus der Eltern von Bedeutung sind. Zu den personalen Ressourcen sind vor allem die formalen schulischen Qualifikationen der Jugendlichen, ihre Kompetenzen und persönlichen Eigenschaften zu rechnen. Als institutionelle Ressource hat die Situation auf dem Ausbildungsmarkt in der Wohnregion der Jugendlichen einen besonderen Stellenwert. Es ist davon auszugehen, dass all diese Ressourcen auch den Übergang von einer teilqualifizierenden Maßnahme in die vollqualifizierende Ausbildung beeinflussen.

Mit Hilfe von statistischen Erklärungsmodellen (Cox-Regressionen, zu den Modellen vgl. Beicht/Eberhard 2013b) konnte im Rahmen der BIBB-Übergangsstudie 2011 festgestellt werden, wie stark sich die einzelnen Faktoren – bei gleichzeitiger Berücksichtigung jeweils aller anderen Faktoren – darauf auswirken, ob und wie schnell Jugendliche nach der Teilnahme an einer Übergangsmaßnahme in vollqualifizierende Ausbildung einmünden. Hervorzuheben sind folgende Ergebnisse:

- Die Analysen bestätigen nochmals, dass die Erfolgchancen sehr stark vom Schulabschluss bei Maßnahmeende abhängen. Bei einem Hauptschulabschluss sind die Aussichten, rasch in eine vollqualifizierende Ausbildung einzumünden, signifikant besser als bei einem fehlenden Schulabschluss, und sie steigen nochmals deutlich an, wenn ein mittlerer Schulabschluss vorliegt oder eine Studienberechtigung erreicht worden ist. Der Grund hierfür ist vor allem, dass Betriebe möglichst leistungsstarke Jugendliche für ihre Ausbildung gewinnen wollen und eine Ausbildung in Schulberufen meistens den mittleren Schulabschluss voraussetzt.
- Der Einmündungserfolg in vollqualifizierende Ausbildung fällt deutlich besser aus, wenn Jugendliche die Übergangsmaßnahme nicht vorzeitig abbrechen, sondern regulär abschließen, selbst wenn sie dabei keinen (höherwertigen) Schulabschluss erwerben.
- Mit dem Bildungsstand der Eltern steigt die Chance der Teilnehmer/-innen auf eine schnelle Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung signifikant an. Wahrscheinlich hängt dies u. a. damit zusammen, dass Eltern mit besserer Schulbildung und Berufsabschluss ihre Kinder stärker bei der Ausbildungssuche unterstützen können.
- Werden ausschließlich die Teilnehmer/-innen betrachtet, die vor der Übergangsmaßnahme *maximal einen Hauptschulabschluss* besessen haben, so zeigen sich für junge Frauen deutlich schlechtere Aussichten auf einen raschen Ausbildungsbeginn als für junge Männer. Das liegt vor allem an den generell geringeren Zugangschancen junger Frauen zu *betrieblicher* Berufsausbildung und daran, dass sie kaum auf eine Ausbildung in Schulberufen ausweichen können, wenn sie nicht über die mittlere Reife verfügen.
- Von der Art der Übergangsmaßnahme geht insgesamt *kein* signifikanter Einfluss auf die Einmündungschance in vollqualifizierende Ausbildung aus.

- Wenn Jugendliche nach der Übergangsmaßnahme eine *betriebliche* Ausbildung anstreben, hängen ihre Erfolgchancen stark von der regionalen Ausbildungsmarktlage in ihrer Wohnregion ab. Je günstiger diese ist, desto besser sind auch die Aussichten auf einen baldigen Ausbildungsbeginn. Dies verdeutlicht, dass die Wirksamkeit von Übergangsmaßnahmen nie unabhängig von der Situation auf dem Ausbildungsmarkt betrachtet werden kann.

## Typische Verlaufsmuster nach Übergangsmaßnahmen

Viele Jugendliche, die an einer Übergangsmaßnahme teilnehmen, münden anschließend nicht direkt in eine vollqualifizierende Ausbildung ein. Daher sollen nun die weiteren Wege der Teilnehmer/-innen genauer betrachtet werden. Mit Hilfe einer Sequenzmusteranalyse war möglich, für einen Zeitraum von zwei Jahren nach Maßnahmeende vier typische berufsbiografische Verlaufsmuster zu identifizieren (vgl. hierzu auch Beicht/Eberhard 2013a).<sup>9</sup> Die Verlaufstypen und die Jugendlichen, die solche Verläufe aufweisen, lassen sich wie folgt beschreiben:

- *Verlaufstyp 1: sehr schneller Übergang in betriebliche Ausbildung*  
Hier wird nach Beendigung der Übergangsmaßnahme unmittelbar eine betriebliche Ausbildung begonnen und dauerhaft fortgeführt. Insgesamt zählt knapp ein Drittel (32 %) der Teilnehmer/-innen zu diesem Verlaufstyp. Relativ oft haben die betreffenden Jugendlichen einen teilqualifizierenden Bildungsgang an einer Berufsfachschule (BFS) besucht. Bei Maßnahmenende verfügen sie häufig über einen mittleren Schulabschluss, teilweise auch über eine Studienberechtigung, nur selten besitzen sie keinen Hauptschulabschluss. Junge Frauen sind hier vergleichsweise schwach vertreten.
- *Verlaufstyp 2: rascher Übergang in nichtbetriebliche Ausbildung*  
Es wird meistens rasch eine nicht-betriebliche Ausbildung (außerbetriebliche duale Ausbildung, Schulberufsausbildung, Studium) aufgenommen und diese auf Dauer durchgeführt. Gut ein Fünftel (22 %) der Teilnehmer/-innen weist einen solchen Verlauf auf. Sie haben relativ häufig an einer Berufsvorbereitung (BVJ/BvB) teilgenommen. Jugendliche ohne Hauptschulabschluss, die oft in eine außerbetriebliche duale Ausbildung einmünden, haben hier einen vergleichsweise hohen Anteil. Auch junge Frauen, vor allem mit mittlerem Schulabschluss, sind relativ stark repräsentiert, da sie häufig eine Ausbildung in Schulberufen aufnehmen.
- *Verlaufstyp 3: nicht glückender oder nicht beabsichtigter Übergang in Ausbildung*  
Innerhalb der ersten zwei Jahre nach der Übergangsmaßnahme erfolgt keine Einmündung in vollqualifizierende Ausbildung. Weit überwiegend wird eine weitere Übergangsmaßnahme besucht, einem Job nachgegangen oder zu Hause geblieben, und zwar aus familiären bzw. privaten Gründen oder wegen erfolgloser Ausbildungs- bzw. Arbeitssuche. Zu einem kleinen Teil wird noch eine Fachoberschule oder ein Fachgymnasium besucht. Deutlich über ein Drittel (37 %) der Teilnehmer/-innen ist diesem größtenteils als problematisch einzuschätzenden Verlaufstyp zuzurechnen. Jugendliche ohne und mit Hauptschulabschluss sind hier stark vertreten. Einen überproportionalen Anteil nehmen Jugendliche mit Migrationshintergrund ein.

---

<sup>9</sup> Dies erfolgte unter Anwendung der Optimal-Matching-Technik mit anschließender Clusterung, zum Verfahren vgl. z.B. Beicht/Friedrich/Ulrich (2008).



- *Verlaufstyp 4: verzögerter oder nicht dauerhafter Übergang in betriebliche Ausbildung*  
Größtenteils wird erst mit einer längeren Verzögerung eine betriebliche Berufsausbildung begonnen. Vorher wird oft noch eine weitere Übergangsmaßnahme durchlaufen oder gejobbt. Zugeordnet sind hier aber auch die Fälle, in denen nach einer relativ raschen Einmündung die betriebliche Ausbildung bald wieder abgebrochen wird. Insgesamt gehören 10 % der Teilnehmer/-innen zu diesem Verlaufstyp. Sie weisen eine große Ähnlichkeit mit den Jugendlichen des ersten Verlaufstyps auf, bei denen der Übergang in betriebliche Ausbildung allerdings wesentlich erfolgreicher verläuft.

### **Fazit: Einschätzung des Übergangsbereichs und Reformbedarf**

Der Übergangsbereich hat mit knapp 300 Tsd. Neuzugängen im Jahr 2014 (einschließlich der teilqualifizierenden Bildungsgänge, die zu einer Studienberechtigung führen) auch aktuell noch immer eine große Bedeutung. Fast ausnahmslos richten sich die Übergangsmaßnahmen an Jugendliche, die die allgemeinbildende Schule mit maximal einem mittleren Schulabschluss verlassen haben. Häufig sind es Schulabgänger/-innen, die aufgrund ihrer Ressourcenausstattung beim Übergang in eine Berufsausbildung benachteiligt sind (vgl. hierzu Eberhard 2012): Jugendliche mit eher niedriger sozialer Herkunft, mit relativ geringen schulischen Qualifikationen und oft mit Migrationshintergrund. Zum Teil sind im Übergangsbereich aber auch Schulabgänger/-innen mit eher günstigen Voraussetzungen anzutreffen.

Grundsätzlich soll der Übergangsbereich für eine gelingende Integration aller Schulabgänger/-innen in berufliche Ausbildung sorgen. Dabei lassen sich drei zentrale Funktionen der Übergangsmaßnahmen unterscheiden:

- Sie sollen Jugendliche, die noch nicht über die erforderlichen Voraussetzungen zur Aufnahme einer Berufsausbildung verfügen, zur Ausbildungsreife führen.
- Jugendlichen, die nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule ihre schulischen Voraussetzungen noch verbessern möchten, sollen sie den nachträglichen Erwerb eines (höherwertigen) Schulabschlusses ermöglichen.
- Für ausbildungsreife Jugendliche, die aufgrund der schwierigen Lage auf dem Ausbildungsmarkt keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, sollen sie eine sinnvolle Überbrückungsmöglichkeit bis zum Einstieg in eine Berufsausbildung bieten.

Für eine Beurteilung des Übergangsbereichs ist es erforderlich zu betrachten, inwieweit diese Funktionen erfüllt werden. Nur so kann eingeschätzt werden, ob die Übergangsmaßnahmen tatsächlich (sinnlose) Warteschleifen darstellen oder ob sie entscheidend zu einer Chancenverbesserung der Jugendlichen beitragen. Die Befunde der BIBB-Übergangsstudie 2011 lassen eine eindeutige Antwort nicht zu. Möglich ist nur folgende nach den drei zentralen Funktionen differenzierte Bewertung:

- Unbestritten gelingt es den allgemeinbildenden Schulen und den Elternhäusern nicht immer, den Jugendlichen die für eine Berufsausbildung erforderlichen Voraussetzungen zu vermitteln. Schulabgänger/-innen, die noch nicht über die notwendige Ausbildungsreife verfügen, werden durch Übergangsmaßnahmen oft erst in die Lage versetzt, erfolgreich eine Berufsausbildung zu durchlaufen. Eine wichtige Rolle spielen dabei insbesondere das schulische Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB). Nach erfolgreichem Absolvieren einer Übergangsmaßnahme sollte allerdings sichergestellt sein, dass die Aufnahme einer Berufsausbildung anschließend auch rasch erfolgt. Dies ist jedoch häufig nicht der Fall. Die

Gefahr, dass Jugendliche dann auf Dauer ohne Berufsausbildung bleiben, ist sehr groß (Gaupp et al. 2011).

- Erreichen Jugendliche durch die Teilnahme an einer Übergangsmaßnahme einen höherwertigen Schulabschluss, kann dies in jedem Fall als Chancenverbesserung eingeschätzt werden, da den Jugendlichen ein „Mehrwert“ durch die zugenommenen Bildungsoptionen entstanden ist (Werner/Neumann/Schmidt 2008). Unter diesem Aspekt schneiden die teilqualifizierenden Bildungsgänge der Berufsfachschulen (BFS) günstig ab: Hier erwirbt immerhin über die Hälfte der Absolventen und Absolventinnen einen höherwertigen Schulabschluss. Vor allem Jugendliche, die die allgemeinbildende Schule mit einem Hauptschulabschluss verlassen, holen hier häufig den mittleren Schulabschluss nach, was sich eindeutig positiv auf ihre Übergangschancen in Berufsausbildung auswirkt.
- Wenn Jugendliche eine klare Berufsorientierung haben und über die erforderlichen Voraussetzungen für eine entsprechende Ausbildung verfügen, dann ist eine wegen fehlender Ausbildungsplätze erfolgende Teilnahme an einem teilqualifizierenden Bildungsgang nur eine Notlösung und bedeutet für die Jugendlichen vor allem verlorene Zeit. Denn eine Anrechnung der Übergangsmaßnahme auf eine nachfolgende Ausbildung, die zwar grundsätzlich oft möglich wäre, erfolgt in der Praxis nur sehr selten (Braun/Müller 2009).

Als Fazit kann festgehalten werden, dass zur Vermittlung der Ausbildungsreife oder zum nachträglichen Erwerb höherwertiger Schulabschlüsse die Bildungsgänge des Übergangsbereichs vielfach eine unverzichtbare Funktion zur Chancenverbesserung erfüllen – dies gilt auch für die Zukunft. Zu häufig stellen Übergangsmaßnahmen jedoch nach wie vor lediglich Warteschleifen dar, die teilweise sogar in dauerhafter Ausbildungslosigkeit enden. Es ist davon auszugehen, dass sich dieses Problem, von dem insbesondere Jugendliche mit und ohne Hauptschulabschluss sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund betroffen sind, auch durch den demografischen Wandel und den weiteren Rückgang des Übergangsbereichs nicht von selbst lösen wird (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010; Dionisius/Krekel 2014). Daher besteht hier zweifellos Veränderungsbedarf.

Von bildungspolitischer Seite ist die Notwendigkeit einer Verbesserung der Übergangsprozesse von der Schule in die Berufsausbildung bereits seit längerem erkannt worden. So gibt es inzwischen die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der Bundesagentur für Arbeit (BA) gestartete Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“. Deren Ziel ist es, erfolgreiche Förderinstrumente wie u. a. die Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung Jugendlicher sowie die Übergangsmaßnahmen zu einem bundesweiten, ganzheitlichen Fördersystem im Übergangsbereich zu verzahnen. Allerdings stoßen Reforminitiativen schon allein angesichts der Vielzahl der unterschiedlichen Maßnahmen des Übergangsbereichs und der verschiedenen Zuständigkeiten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene immer schnell an ihre Grenzen (Ahrens 2014).

Eckpunkte für eine umfassende Reform des Übergangsbereichs wurden von der Bertelsmann Stiftung entwickelt, und zwar mit dem Ziel, dem Übergangsbereich seinen Warteschleifencharakter zu nehmen (Euler/Severing 2010).<sup>10</sup> Der Übergangsbereich sollte sich demnach künftig allein auf die Funktion beschränken, für Jugendliche, die noch nicht in der Lage sind einen Beruf zu erlernen, die Ausbildungsreife herzustellen. Verbunden werden soll dies mit

---

<sup>10</sup> Im Rahmen der Initiative „Übergänge mit System“, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Übergangsbereich zu reformieren, hat die Bertelsmann Stiftung mit Ministerien mehrerer Bundesländer sowie mit der Bundesagentur für Arbeit zusammengearbeitet.

der Garantie, dass bei Erreichen der Ausbildungsreife sofort eine vollqualifizierende Ausbildung begonnen werden kann. Jugendliche, die keine betriebliche Ausbildungsstelle finden, würden dann einen staatlich geförderten Ausbildungsplatz erhalten (Klemm 2012). Ausbildungsreife Schulabgänger/-innen sollen nach diesen Reformüberlegungen überhaupt nicht erst in Übergangsmaßnahmen gelangen, sondern direkt in vollqualifizierende Ausbildung einmünden.

Kritisch anzumerken ist zu diesem eigentlich positiven Reformansatz allerdings, dass hierbei die bisher bestehende und von vielen Jugendlichen genutzte Möglichkeit des nachträglichen Erwerbs eines höherwertigen Schulabschlusses im Übergangsbereich außer Acht bleibt. Jugendliche erhöhen durch einen besseren Schulabschluss nicht nur ihre Übergangschancen in eine Berufsausbildung, sondern erweitern vor allem auch ihre Bildungsoptionen in Richtung anspruchsvollerer Ausbildungsgänge. Diese wichtige chancenverbessernde Funktion des Übergangsbereichs sollte bei künftigen Reformen auf jeden Fall erhalten bleiben.

## Literatur

- Ahrens, D. (2014): Zwischen Reformeifer und Ernüchterung: Übergänge in beruflichen Lebensläufen. In: Ahrens, D. (Hrsg.): Zwischen Reformeifer und Ernüchterung. Übergänge in beruflichen Lebensläufen. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-34.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Baethge, M./Solga, H./Wieck, M. (2007): Berufsbildung im Umbruch: Signale eines überfälligen Aufbruchs. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Beicht, U. (2009): Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am Übergang Schule – Berufsausbildung. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Beicht, U./Eberhard, V. (2013a): A3.3.1 Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2011. Bedeutung der Teilnahme an teilqualifizierenden Bildungsgängen und Maßnahmen am Übergang von der Schule zur Berufsausbildung. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013. Bonn, S. 100-109.
- Beicht, U./Eberhard, V. (2013b): Ergebnisse empirischer Analysen zum Übergangssystem auf Basis der BIBB-Übergangsstudie 2011. In: Die Deutsche Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis 105, H. 1, S. 10-26.
- Beicht, U./Friedrich, M./Ulrich, J. G. (Hrsg.) (2008): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Berichte zur beruflichen Bildung. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Braun, F./Müller, M. (2009): Strukturelle Veränderungen des Ausbildungssystems zur Verbesserung der Ausbildungschancen bildungsbenachteiligter Jugendlicher. In: Kruse, W./Strauß, J./Braun, F./Müller, M. (Hrsg.): Rahmenbedingungen der Weiterentwicklung des Dualen Systems beruflicher Bildung. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, S. 37-50.
- Dionisius, R./Illiger, A./Schier, F. (2014): Die integrierte Ausbildungsberichterstattung im Überblick. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014. Bonn, S. 232- 244.
- Dionisius, R./Krekel, E. M. (2014): Zur Bedeutung und künftigen Entwicklung des Übergangsbereichs - Welche Informationen liefert die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)? In: Ahrens, D. (Hrsg.): Zwischen Reformeifer und Ernüchterung. Übergänge in beruflichen Lebensläufen. Wiesbaden: Springer VS, S. 35-53.

- Dionisius, R./Schwäbig, S. (2010): Quantitative Synopse zur relativen Bedeutung unterschiedlicher Bildungsgänge. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Bonn, S. 97-104.
- Eberhard, V. (2012): Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. Ein ressourcentheoretisches Modell der Übergangschancen von Ausbildungsstellenbewerbern. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Eberhard, V./Beicht, U./Krewerth, A./Ulrich, J. G. (2013): Perspektiven beim Übergang Schule – Berufsausbildung. Methodik und erste Ergebnisse aus der BIBB-Übergangsstudie 2011. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Euler, D. (2009): Übergangssystem - Chancenverbesserung oder Vorbereitung auf das Prekariat? Vortrag auf der Fachtagung der Hans-Böckler-Stiftung „Zukunft der Berufsbildung“ am 12. Februar 2009 in Düsseldorf.  
[http://www.boeckler.de/pdf/v\\_2009\\_02\\_12\\_euler\\_vortrag.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/v_2009_02_12_euler_vortrag.pdf).
- Euler, D./Severing, E. (2010): Eckpunkte der Initiative „Übergänge mit System“. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Gaupp, N./Geier, B./Lex, T./Reißig, B. (2011): Wege in Ausbildungslosigkeit. Determinanten misslingender Übergänge in Ausbildung von Jugendlichen mit Hauptschulbildung. In: Zeitschrift für Pädagogik 57, H. 2, S. 173-186.
- Klemm, K. (2012): Was kostet eine Ausbildungsgarantie in Deutschland? Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Münk, D./Rützel, J./Schmidt, C. (Hrsg.) (2008): Labyrinth Übergangssystem. Forschungserträge und Entwicklungsperspektiven der Benachteiligtenförderung zwischen Schule, Ausbildung, Arbeit und Beruf. Bonn: Pahl-Rugenstein.
- Schmidt, C. (2011): Krisensymptom Übergangssystem. Die nachlassende soziale Inklusionsfähigkeit beruflicher Bildung. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2015): Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2014. Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern. Wiesbaden.
- Ulrich, J. G./Eberhard, V. (2008): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in Deutschland seit der Wiedervereinigung. In: Beicht, U./Friedrich, M./Ulrich, J. G. (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld: W. Bertelsmann, S. 13-57.
- Werner, D./Neumann, M./Schmidt, J. (2008): Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Eine Studie zu den direkten und indirekten Kosten des Übergangsgeschehens sowie Einspar- und Wertschöpfungspotenzialen bildungspolitischer Reformen. Gütersloh.
- Zimmer, G. (2009): Notwendigkeiten und Leitlinien der Entwicklung des Systems der Berufsausbildung. In: Zimmer, G./Dehnbestel, P. (Hrsg.): Berufsausbildung in der Entwicklung - Positionen und Leitlinien. Duales System | Schulische Ausbildung | Übergangssystem | Modularisierung | Europäisierung. Bielefeld: W. Bertelsmann, S. 7-45.